

Antrag zur Mitgliederversammlung des OV Ehrenfeld am 25. September 2014 zur Weiterleitung und Beschlussfassung an den Unterbezirksparteitag der Köln SPD

Betrifft: Entschädigung von Mitgliedern des Rates und der Bezirksvertretung

Beschluss:

Der Unterbezirksparteitag fördert die SPD Landtagsfraktion auf die Vergütung von Stadträten und Bezirksvertretern neu zu regeln.

Begründung:

Der Landtag von NRW hat schon vor Jahren die Entschädigung von Mitgliedern des Landtags neu geregelt. Sie wurde der politischen Verantwortung und der allgemeinen Einkommenssituation angepasst. In der Nachfolge hat der Deutsche Bundestag im Frühjahr dieses Jahres eine Neuregelung der Entschädigung der Bundestagsabgeordneten vorgenommen. Auch in diesem Fall war die Begründung, dass die politische und Gesellschaftliche Verantwortung sowie die allgemeine Einkommensentwicklung vergleichbarer Tätigkeiten nicht mehr der Zeit entspricht.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass auch die untere Ebene der demokratischen Verantwortung bei der Entschädigung Ihrer Tätigkeiten neu geregelt wird. Andere Länder in der BRD sind dieser Anforderung bereits nachgekommen. Die politische Verantwortung für eine Millionenstadt kann nicht nur als reines Ehrenamt mit einer minimalen Entschädigung betrachtet werden, dies gilt auch für die Bezirksvertretungen. Es ist deswegen an der Zeit, dass der Landtag eine Neuregelung der Entschädigungen für Kommunalpolitikerinnen und -politikern vornimmt.